



Finanzautonomie und Kürzungswahn

Die Auswirkungen des Globalhaushalts auf deinen Fachbereich

Ab Januar 2006 wird es soweit sein: Das Land NRW entlässt die Hochschulen in die Freiheit. Natürlich nicht in irgendeine, die diesen Namen verdient, sondern nur in die Finanzautonomie, das heißt die Freiheit, über die Verteilung der ihnen vom Land zugewiesenen Gelder selbst zu bestimmen. Das tut das Land wie üblich jedoch nicht ohne Hintergedanken: Die Berechnungsgrundlage für die ab 2006 zu vergebenden Gelder soll nämlich nicht etwa der Ist-Zustand sein, sondern ein erheblich niedriger Beitrag. Es handelt sich also mal wieder um eine notdürftig verschleierte Kürzungsaktion.

Bisher war der Haushalt der Universitäten kameraralistisch geregelt, das heißt: jedem finanziellen Titel der Uni (Personal, Miete, Strom, usw.) wird vom Land ein bestimmter Geldbetrag zugeordnet. Dieses System ließ der Uni also bisher keinerlei Spielraum, wenn spontan Umverteilungen zu Gunsten eines Faches oder eines Projekts notwendig waren.

Ab 2006 wird der RUB nun ein bestimmter Geldbetrag zugewiesen, den sie dann selbst verwalten soll. Diese Art der Mittelvergabe wird als Globalhaushalt bezeichnet. Eigentlich klingt das sehr gut. Die finanzielle Autonomie hat aber auch ihre Grenzen: bei Fixkosten wie Strom und Miete er-

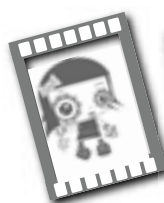
gibt sich für die Universität kein Handlungsspielraum. Der Rotstift, den Rot-Grün mit der reduzierten Berechnungsgrundlage den Hochschulen 2006 in die Hand drückt, wird sich daher bei einem der wenigen flexiblen Posten austoben: den Personalkosten. Allein im ersten Jahr des Globalhaushaltes sollen bis zu 8 Millionen Euro eingespart werden. Dieser Betrag entspricht etwa 150 Personalstellen. Schon jetzt hat die Verwaltung der RUB einen Einstellungsstopp ab 2005 verhängt. Lehrstühle, die in nächster Zeit vakant werden, sollen nicht wiederbesetzt werden. Wissenschaftliche AssistentInnen werden nicht mehr eingestellt. Einige ProfessorInnen haben bereits jetzt ihren

Arbeitsschwerpunkt von Forschung und Lehre auf die Akquisition von Geldern verlegt. Die einzelnen Fachbereiche werden im Kampf um die Gelder vermutlich in einen enormen Wettstreit verfallen und versuchen, sich gegenseitig den Hahn abzudrehen. Die «Einstampfung» ganzer Fächer ist daher weit mehr als nur eine denkbare Option.

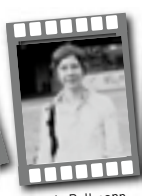
Auf der nächsten Seite möchten wir exemplarisch zeigen, was diese Zahlen konkret bedeuten könnten.

Hier in Kürze die vom Rektorat definierten Einsparziele für deinen Fachbereich

Fakultät/Bereich	bisherige Stellen	Einsparziel Globalhaushalt
Evangelische Theologie	35	-77.0000 €
Katholische Theologie	29	-107.000 €
Philosophie, Pädagogik, Publizistik	62	-234.000 €
Geschichtswissenschaft	84	-302.000 €
Philologie	211	-553.000 €
Jura	97	-370.000 €
Wirtschaftswissenschaft	114	-484.000 €
Sozialwissenschaft	49,5	-140.000 €
Ostasienwissenschaften	29	-123.000 €
Sportwissenschaft	41,5	-0 €
Geisteswissenschaften insgesamt	752	-2.390.000 €



1 | Karin Bellmann



4 | Mehmet Can



3 | Alija Catic



16 | Dominik Bald



13 | Mehtap Yapice



18 | Pablo Gonzáles



130 | Hannah Höfer





Philosophie:

Beim Institut für Philosophie sollen ca. 100.000 € gekürzt werden. In der Philosophie wird damit gerechnet, zwei der zehn Lehrstühle und eine Mittelbaustelle streichen zu müssen.

Kunstgeschichte:

Hier werden bald zwei ProfessorInnen emeritiert. Diese Lehrstühle sollen nicht erneut besetzt werden. Schon seit Jahren bemühen sich die KunsthistorikerInnen um private Gelder, da bereits jetzt viel zu wenig Geld für ein angemessenes Lehrangebot vorhanden ist. Außerdem kursiert das Gerücht, dass die Bibliotheken der Geschichte und Kunst-

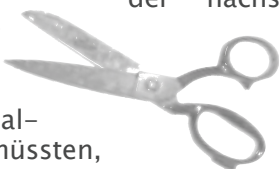
geschichte zusammengelegt werden sollen, um Aufsichtspersonal und Bibliothekarsstellen einsparen zu können.

Ostasienwissenschaften:

Die Kürzung von 123.000 Euro entspricht ca. 3 Mitarbeiterstellen, obwohl bereits jetzt die meisten der 7 Lehrstühle nur über eine Mindestausstattung an MitarbeiterInnen verfügen. Dies würde zur Folge haben, dass zur Aufrechterhaltung der gerade erst akkreditierten B.A.-Studiengänge, die MitarbeiterInnen mehr Lehrveranstaltungen abhalten müssten, als in ihren Verträgen vorgesehen ist. Ähnliches ist für das Sprachenzentrum vorgesehen: die Lektoren

sollen für die gleiche Bezahlung doppelt (!) so viele Stunden unterrichten.

Da die Uni für uns nicht nur als Ausbildungsstätte von wirtschaftlichen Fachkräften gilt, sind diese Lösungsstrategien für uns völlig in-diskutabel. Im nächsten Jahr werden wir uns mit dieser Thematik weiter instensiv auseinandersetzen. Die konkrete Umsetzung bleibt der nächsten Landesregierung NRW überlassen, weshalb wir schon während des Landtagswahlkampfes versuchen werden, Druck auf die PolitikerInnen auszuüben.



Probleme am Arbeitsplatz?

Das neue „Campus Office“ versucht zu helfen

Ab dem Sommersemester startet an der RUB ein neues Beratungsangebot. In Kooperation mit der DGB-Jugend Region Ruhr-Mark richtet der AStA auf Initiative der Linken Liste ein Campus Office ein, in dem der Beratungsschwerpunkt auf arbeits- und sozialrechtlichen Fragen liegen wird.

reagierte der AStA und vereinbarte die Einrichtung des Campus Office. Unbürokratisch wird hier Hilfe geleistet, wenn es zu Streitigkeiten am Arbeitsplatz kommen sollte oder Unklarheiten über die Einzelheiten des Arbeitsvertrages bestehen. Bei schwerwiegenden Problemen werden euch Kontaktadressen zu kompetenten Stellen zur Verfügung gestellt. Ihr solltet euch nicht scheuen, dieses Angebot zu nutzen, denn mit Hartz IV und anderen arbeitsrechtlichen Ungerechtigkeiten werden nur für wenige von euch gute Arbeitsbedingungen Realität sein. Die eigenen

Rechte sind leider nur den wenigsten bekannt. Gemeinsam lassen sich jedoch Möglichkeiten finden, die eigene Arbeitssituation zu verbessern. Dazu müsst ihr einfach nur vorbeikommen. Die Öffnungszeiten und Beratungsorte werden bald bekannt gegeben. Watch out!!!

Kontakt:

Referat für Hochschulpolitik

c/o Michael Trube
Ruhr-Universität
AStA-Raum 010

0234-3227413
Montag: 14-16 Uhr

Termine

25.01.
20.00 Uhr
Von der Volksfront in ein neues Deutschland?

Fluchtlagen zum nationalen Diskurs in der SBZ und der frühen DDR
Vortrag von und Diskussion mit Rolf von Raden

KulturCafé an der RUB

26.01.
Entscheidung zum HRG
Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über die Klage der unionsgeführten Länder gegen das Hochschulrahmengesetz, in dem das Verbot von allgemeinen Studiengebühren festgehalten ist. Sollte das Verbot fallen, werden Proteste organisiert. Augen auf!!!

24.01. - 28.01. 2005

Wahlen zum Studierendenparlament an der RUB. Wie jedes Jahr werdet ihr derzeit mit der Propaganda aller Listen belästigt, die zu den Wahlen antreten. Außer uns, die wir wieder die mit Abstand größte Liste sind, treten die AL die Rub-Rosen, der RCDS, die GHG (Grüne), die LHG und Die Liste an. Es ist eure Entscheidung: Lili wählen!!!

28.01. 2005

Wahlauszählung und Wahlparty der Linken Liste.

ab 19 Uhr in HGB 10

